

der Leiter der kommunistischen und Arbeiterparteien und der Regierungen sozialistischer Länder in Budapest finden unsere volle Zustimmung.

Alles in unseren Kräften Stehende werden wir tun, um die befreunden arabischen Staaten und Völker in ihrem gerechten Kampf um die Liquidierung der Folgen der israelischen Aggression wirksam zu unterstützen. Die arabischen Völker können in ihrem Kampf für nationale Freiheit und Souveränität der brüderlichen Solidarität der Deutschen Demokratischen Republik stets gewiß sein.

Die Regierung der Deutschen Demokratischen Republik sieht eine wichtige Aufgabe darin, wirkungsvoll zur Entspannung und zur Schaffung eines europäischen Sicherheitssystems beizutragen. Eine stabile Friedensordnung in Europa setzt unabdingbar die Anerkennung der im Ergebnis des zweiten Weltkrieges entstandenen Staaten und Grenzen voraus. Wenn die Bonner Regierung fortfährt, den Status quo, die Grenzen in Europa nicht anzuerkennen, wenn sie weiter danach strebt, Verfügungsgewalt über Kernwaffen zu erlangen, und das Ziel verfolgt, die Herrschaft des westdeutschen Rüstungskapitals und der Militaristen über andere Staaten auszuweiten, so beschwört sie mit dieser abenteuerlichen und aussichtslosen Eroberungspolitik die Gefahr ernster und folgenschwerer Konflikte in Europa herauf. Von Sicherheit in Europa kann keine Rede sein, solange die akute Friedensbedrohung fortbesteht, die sich aus der völkerrechtswidrigen, aggressiven Alleinvertretungsanmaßung der Regierung der westdeutschen Bundesrepublik ergibt.

Die Anmaßung, für alle Deutschen zu sprechen und zu handeln, diene bereits Hitler als Begründung für die Aggression des deutschen Imperialismus gegen Österreich, die Tschechoslowakei und Polen. Die Bonner Alleinvertretungsanmaßung ist eine Neuauflage der Hitlerdoktrin. Sie ist nichts anderes als die juristisch verbräunte potentielle Kriegserklärung gegen einen souveränen Staat Europas - die Deutsche Demokratische Republik. Die Alleinvertretungsanmaßung der Bonner Regierung richtet sich nicht nur gegen die Deutsche Demokratische Republik, sondern ist Bestandteil der Expansionspolitik des westdeutschen Imperialismus und seines Strebens nach Hegemonie über Europa.

Die Regierung der Deutschen Demokratischen Republik hält es für angebracht, von dieser Stelle die Regierungen einiger Staaten